

Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Kurzfassung des Wirtschaftspolitischen
Programms der CDU

Der Bundesausschuß der CDU hat am 6. September 1979 das Wirtschaftspolitische Programm der CDU beschlossen. Dieses Programm war vom Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik unter Vorsitz von Elmar Pieroth, MdB, erarbeitet worden und hatte bereits dem Präsidium und dem Bundesvorstand der Partei vorgelegen. Die konzeptionellen Grundzüge des Programms, das aus zwei Hauptteilen besteht, sind noch von Prof. Müller-Armack mitberaten worden. Mit dem Wirtschaftspolitischen Programm werden die Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm der CDU konkretisiert. Die CDU setzt damit ihre wirtschaftspolitische Programmarbeit fort, nachdem sie 1977 ein Vollbeschäftigungsprogramm beschlossen hat, dessen wichtigste Elemente bereits in der parlamentarischen Arbeit umgesetzt worden sind.

Im ersten Teil, dem Manifest „Umweltfreundliches Wachstum, Arbeit und Wohlstand für alle“, wird die programmatische Grundlinie unserer Wirtschaftspolitik entwickelt. Ausgehend von den sich gegenwärtig schon abzeichnenden Schwierigkeiten werden Wege aufgezeigt, wie unser Land besser auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der 80er Jahre vorzubereiten ist.

Der zweite Teil enthält fünf Durchführungsprogramme:

- Förderung der Wachstumsgrundlagen
- mehr Selbständigkeit
- mehr Innovation
- differenzierte Arbeitsmarktpolitik
- Außenwirtschaftspolitik

Diese Schwerpunktprogramme nehmen auf den Inhalt des Manifestes Bezug, sind aber eigenständig konzipiert und aus sich selbst heraus verständlich.

Umweltfreundliches Wachstum – Arbeit und Wohlstand für alle

Eine Entscheidung, wie sie 1948 Ludwig Erhard wagte, ist gefordert: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft wieder voll zur Entfaltung bringen, wir brauchen Arbeit und Wachstum für alle.

Hierzu bedarf es eines neuen Kurses. Die Politik muß wieder dauerhaftes Vertrauen schaffen, Zuversicht wecken und Leistungen belohnen. Mit Anspruchsdenken, Strukturdirigismus, Wachstumspessimismus und Beschwichtigungsprogrammen geht es nicht. Setzen wir den Kurs von SPD und FDP fort, so fallen wir international zurück und verbrauchen zuviel Substanz auf Kosten der nächsten Generation.

Wir brauchen eine Tendenzwende in der Wirtschaftspolitik: Wachstum und Arbeit für alle, mehr Selbständigkeit überall in unserer Gesellschaft. Wir wollen mehr persönliche Entfaltung, mehr individuellen und allgemeinen Wohlstand sowie eine produktive und gerechte Sozialpolitik.

Ohne Kurskorrektur ist das nicht erreichbar. SPD und FDP beschönigen den heutigen Zustand. Sie sagen: Wir stehen im internationalen Vergleich ganz gut da, wir haben noch immer Wachstum, Exportüberschüsse, eine gesunde Währung, ein hohes Wohlstandsniveau. Das klingt plausibel. Aber SPD und FDP verschweigen die Schattenseiten der jetzigen Lage: die hartnäckige Arbeitslosigkeit, die Investitions- und Wachstumsschwäche, den Kostendruck, die Überbürokratisierung, den Verlust an Selbständigen und die Gefahren für die Stabilität.

Unser Land ist auf die welt- und binnenwirtschaftlichen Herausforderungen nicht genügend vorbereitet. Die Probleme werden unterschätzt. Zuviel wird bürokratisch

gegänglich. Bei vielen läßt deshalb der Wille und die Bereitschaft zur Leistung nach. Die Sorge vor der Unregierbarkeit wächst, und es wird schlecht regiert.

Diese Fehler müssen vermieden werden.

Inhaltliche Schwerpunkte

① Im Manifest kommt zum Ausdruck, daß wir trotz der gegenwärtigen Probleme, wie etwa im Energiebereich, bei der Preisentwicklung oder bei den Defiziten der öffentlichen Haushalte, keinen Grund zur Resignation haben. Entscheidend ist, daß in der Wirtschaftspolitik wieder ordnungspolitisch zuverlässige Rahmenbedingungen gesetzt werden, die es erlauben, die Lösungen der Zukunftsprobleme rechtzeitig und aufeinander abgestimmt anzupacken. Die Soziale Marktwirtschaft ist dazu wie kein anderes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in der Lage. Um ihre Leistungsfähigkeit jedoch wieder voll zu entfalten, muß sich der Staat wieder auf die Aufgaben beschränken, die er besser lösen kann als der Markt. Die Leistungsbereitschaft unserer Bürger und Unternehmen muß wieder ermutigt werden. Bürokratische Hemmnisse und staatliche Gängelei müssen deshalb auf das unumgänglich nötige Maß zurückgeführt werden.

② Hauptaufgabe einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik ist es, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu erkennen und ihnen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft zu begegnen:

■ **Wir brauchen Arbeit für alle.** Der Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung, Rentabilität der Arbeitsplätze und einer differenzierten Arbeitsmarktpolitik muß wieder stärker beachtet werden. Zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und zur Erhaltung der bestehenden brauchen wir eine größere Investitionsbereitschaft in der privaten Wirtschaft. Der Schlüssel hierzu liegt in einem leistungsfreundlicheren Steuersystem und einer stetigen, besonnenen Konjunkturpolitik.

■ **Bessere Eigenkapitalbildung der Unternehmen und Vermögensbildung der Arbeitnehmer** gehören zusammen. Entsprechende Korrekturen im Steuersystem sind überfällig, damit das Sparen in Produktivkapital nicht gegenüber dem Konten- und Bausparen benachteiligt wird.

■ **Die Bewältigung des weltweiten Strukturwandels** erfordert mehr Flexibilität der Unternehmen. Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu sichern, ist vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Strukturverhärtende Subventionen, Interventionen und Protektionismus sind der falsche Weg. Die sich aus

einer zunehmenden internationalen Arbeitsteilung ergebenden strukturellen Veränderungen müssen sozial erträglich bewältigt werden. Unternehmensleitungen, Betriebsräte und Tarifpartner müssen hier rechtzeitig vorsorgen.

■ **Wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz sind keine Gegensätze.** Wir brauchen jedoch einen klaren ökologischen Ordnungsrahmen: Eindeutige Ge- und Verbote da, wo die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind, verstärkte Anreize dort, wo unternehmerisches Handeln in den Dienst des Umweltschutzes und der Beseitigung bereits eingetretener Schäden gestellt werden kann.

■ **Mehr Wettbewerb** ist nicht nur eine Frage des Kartellrechts, sondern vor allem auch zu sichern durch

die Förderung von Unternehmensgründungen,

die Beseitigung der konzentrationsfördernden Wirkungen staatlichen Handelns, z. B. in der Steuer- und Forschungspolitik.

Hier bedarf es einer neuen, umfassenden wettbewerbspolitischen Sicht aller Politikbereiche. Mehr Wettbewerb und ein freier Preismechanismus müssen auch stärker im Energie- und Rohstoffbereich wirken können. Erst dann wird es z. B. mittelständischen Unternehmen möglich sein, auch in diesen Bereichen marktwirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft zu entfalten und damit zur Lösung der Probleme beizutragen.

■ **Eine glaubwürdige Politik der Haushaltskonsolidierung** ist Voraussetzung für ausreichendes Vertrauen unserer Wirtschaft in das Verhalten des Staates. Dazu ist erforderlich, daß die öffentlichen Haushalte auf längere Sicht weniger stark wachsen als das nominale Bruttosozialprodukt.

■ **Weitere Bemühungen um eine Humanisierung des Arbeitslebens** gewinnen zunehmend an Bedeutung. Mehr Selbständigkeit und Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitsplanung, Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit sind wichtige Ziele, die stärker im Betriebsalltag verwirklicht werden müssen. Hier sind besonders die Partner im Betrieb, aber auch die Tarifparteien vor wichtige Aufgaben gestellt.

Wir wollen eine Ausgestaltung und Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, die zum Ziel hat, den Arbeitnehmern, beginnend mit dem 60. Lebensjahr, die freie Entscheidung über früheres oder späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu sichern.

Perfektionistische staatliche Gängelei jedoch erstickt nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch sozialen Fortschritt. Die Sozialpartner dürfen nicht alles Heil vom Staat erwarten, sondern müssen die Gestaltung der sozialen Umwelt wieder stärker selbst übernehmen.

■ **Der Rückgang der Geburten** ist langfristig eine große Herausforderung mit dramatischen Konsequenzen. Familien-, Sozial- und Wirtschaftspolitiker sind hier in gleicher Weise gefordert. Gezielte Fördermaßnahmen sind notwendig, die jedoch über die öffentlichen Haushalte finanziert werden müssen. Allgemeine soziale Aufgaben müssen von der Allgemeinheit getragen werden und dürfen nicht einseitig zu Lasten der privaten Wirtschaft gehen, wenn beschäftigungsgefährdende Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden sollen.

③ **Wachstums- und Konjunkturpolitik müssen ein neues Selbstverständnis erhalten:**

Wir lehnen eine „Wachstumsratenpolitik“, d. h. eine Ankündigung oder Garantie ganz bestimmter Wachstumsraten als Voraussetzung für die Lösung politischer Probleme ab. Wir wenden uns damit gegen eine einseitig nachfrageorientierte Konjunkturpolitik, mit der im Sinne einer „globalen Programmierung“ die angekündigten Wachstumsraten mit immer neuen Konjunkturprogrammen erzwungen werden sollen. Der Staat wird mit einer solchen Konjunkturpolitik finanziell überfordert, und die Auswirkungen solcher Programme entsprechen angesichts zeitlicher Verzögerung, zinstreibender Effekte und neuer Erwartungshaltungen in der Wirtschaft nicht den in sie gesetzten Hoffnungen.

Wir wollen demgegenüber eine Politik zur Förderung der Wachstumsgrundlagen. Sie weist dem Staat die Aufgabe zu, die private Dynamik zu erhalten, anzuregen und zu nutzen. Förderung der Wachstumsgrundlagen heißt heute:

- Erhöhung der Qualifikationen, Motivation und beruflichen Mobilität der Arbeitnehmer,
- stufenweiser, kontinuierlicher Abbau der Staatsquote,
- Umstrukturierung des Steuersystems;
allmählicher Abbau zunächst der ertragsunabhängigen und dann der ertragsabhängigen Besteuerung, um die Eigenkapitalbasis der Betriebe zu verbessern und die Vermögensbildung zu erleichtern; Herstellung eines Gleichgewichts von direkter und indirekter Besteuerung;
- Abbau bürokratischer Hemmnisse für Investitionen und Innovationen, vor allem auch im Dienstleistungsbereich, wo der Staat zu viel monopolisiert und reglementiert,
- eine breitere, wettbewerbsfreundlichere Forschungs- und Entwicklungsförderung,
- eine effiziente und plakative Förderung von Unternehmensneugründungen.

④ Die aktuellen stabilitätspolitischen Probleme erfordern eine neue Konzentrierte Aktion, um einen sozialen Grundkonsens herzustellen. Darüber hinaus muß sich der Staat bei den administrierten Preisen strenge Zurückhaltung auferlegen. Im übrigen ist der stabilitätspolitische Kurs der Bundesbank voll zu unterstützen und ihre Unabhängigkeit zu wahren.

Einzelmaßnahmen

① Zur Verbesserung der Wachstumsgrundlagen, der Innovations- und Investitionsfähigkeit der Unternehmen und der Leistungsbereitschaft der Bürger sind in der Steuerpolitik folgende Maßnahmen erforderlich:

- Vermeidung der „heimlichen Steuererhöhungen“ im Bereich der Einkommen- und Lohnsteuer;
- Begünstigung des Ansparens von Eigenkapital für Betriebsgründungen ähnlich wie beim Bausparen;
- Verbesserung der Abschreibungsbedingungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich, Steuerfreiheit der Zulagen für die Kosten des Forschungspersonals im mittelständischen Bereich;
- weiterer Abbau der Gewerbesteuer, vor allem Beseitigung der Doppelbesteuerung bei der Einkommen- oder Körperschaft- und der Gewerbeertragsteuer.

② Ein neuer Schwerpunkt der Wettbewerbspolitik muß die Beseitigung der Konzentrationsförderung durch den Staat werden. Dazu gehören:

- Reduzierung der Flut staatlicher Ausgabenprogramme,
- eine rationale Subventionspolitik, die den Trend zur willkürlichen Ausweitung vor allem der Erhaltungssubventionen stoppt,
- Abbau der krassen Bevorzugung direkter, projektgebundener Forschungsförderung,
- eine ordnungspolitisch zuverlässige Umweltpolitik, die den Mittelstand nicht benachteiligt und Klarheit schafft,
- Beseitigung von Bürokratisierung, Reglementierung und Monopolisierung in vielen Bereichen der Politik;

viele angeblich öffentliche Aufgaben können an Private und an die Sozialpartner delegiert werden, häufig reichen Anreize zur Problemlösung statt Ge- und Verbote,

- eine weniger einseitige Auftragsvergabe der öffentlichen Hand,
- Abbau der Wettbewerbsverzerrungen durch öffentlich beherrschte Unternehmen, wie sie in deren Aufkaufpolitik, in ihrem z. T. ruinösen Marktverhalten sowie in ihren sonstigen Privilegien, ihren Absatzmonopolen und Steuervorteilen zum Ausdruck kommt.

③ Eine anhaltende **Verbesserung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt** wird es nur geben, wenn:

- mehr Arbeitsplätze rentabel werden; das setzt voraus, daß die Gesamtkosten der Tarifabschlüsse nicht den Produktivitätsfortschritt übersteigen, Steuern und Abgaben nicht die Tarifabschlüsse hochtreiben und keine Politik der Lohnnivellierung betrieben wird,
- die Qualifikation aller Arbeitnehmer, besonders aber der Arbeitslosen, verbessert wird; hierzu muß die betriebliche Aus- und Weiterbildung einen ganz neuen Stellenwert erhalten und vom Staat begünstigt werden,
- zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem eine bessere Verzahnung hergestellt wird; insbesondere im Bildungssystem ist der Praxisbezug zu stärken,
- für die von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Personenkreise problem-spezifische Maßnahmen ergriffen werden, wie z. B. Prämien für Dauerarbeitslose, wenn sie selbst eine Arbeitsstelle finden, und Beseitigung gesetzlicher Hemmnisse für mehr Teilzeitarbeitsplätze, was den Wünschen vieler Frauen entgegenkommt.

④ Zur Förderung unserer Wachstumsgrundlagen brauchen wir im **außenwirtschaftlichen Bereich** eine weltweite Offensive gegen den Protektionismus. Ein freier Welthandel ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung nicht zuletzt auch von den Entwicklungsländern wahrgenommen werden können. Wir schlagen deshalb folgenden Liberalisierungsfahrplan vor:

- Handelsschranken für Industriewaren sind Schritt für Schritt unwiderruflich abzubauen,
- einseitig gewährte Zollpräferenzen sollen längerfristig in einen allgemeinen Zollabbau übergeführt werden,
- Gründung einer „Zone mit internationaler Freihandels- und Investitions-garantie“,
- internationale Konventionen für den Austausch von Dienstleistungen,
- Abbau der Wettbewerbsverzerrungen bei der Exportförderung.

⑤ Mit einem solchen Liberalisierungsfahrplan kann die zunehmende **Integration der Entwicklungsländer** in die Weltwirtschaft wirkungsvoll unterstützt werden. Wir lehnen deshalb die Forderung nach einem weltweiten administrativen Dirigismus ab; ihr müssen wir mit einer konstruktiven Offensive begegnen: durch Öffnung unserer Märkte, durch Hilfe zu einer größeren Exportfähigkeit der Entwicklungsländer und durch eine Verstärkung ihrer Exporterlöse.

Den Problemen des Investitions- und Kapitalanlageschutzes von Investitionen in der Dritten Welt ist verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Das Auslandsengagement kleiner und mittlerer Betriebe und ihrer Mitarbeiter ist vermehrt zu unterstützen.

⑥ Die wirtschaftspolitische **Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft** — insbesondere nach ihrer Erweiterung — muß den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft gerecht werden. Übergangsprobleme dürfen nicht Alibi für dauerhafte Protektion und Zuschußsysteme werden. Der Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen in den Beitrittsländern ist intensiv zu fördern, etwa durch besondere Starthilfen für zurückkehrende Gastarbeiter, die sich in ihren Heimatländern selbständig machen.

Der Wortlaut des Wirtschaftspolitischen Programms der CDU wird im Oktober als Broschüre von der CDU-Bundesgeschäftsstelle — Abt. Öffentlichkeitsarbeit — angeboten werden.